

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXIII
1. Allgemeines Vertragsrecht	1
1.1 Welches Recht gilt?	2
1.2 Vertragsschluss	4
1.3 Einigungsmangel	6
1.4 Annahmefristen	6
1.5 Bedingungen	7
1.6 Form der Willenserklärung	8
1.7 Zugang der Willenserklärungen	10
1.8 Kaufmännisches Bestätigungsschreiben	11
1.9 Letter of Intent	12
1.10 Option	13
1.11 Aufhebung eines Vertrages	13
1.12 Gesetzliche Vertragstypen	15
1.12.1 Kaufvertrag	16
1.12.2 Verbrauchsgüterkaufvertrag	16
1.12.3 Werkvertrag	17
1.12.4 Bauvertrag	17
1.12.5 Verbraucherbaupvertrag	18
1.12.6 Architektenvertrag und Ingenieurvertrag	18
1.12.7 Bauträgervertrag	19
1.12.8 Werklieferungsvertrag	19
1.12.9 Dienstvertrag	20
1.12.10 Arbeitnehmerüberlassungsvertrag	21
1.13 Vertragstypen nach Leistung/Preis	21
1.13.1 Einheitspreisvertrag	21
1.13.2 Pauschalvertrag (»lump sum – turn key«)	21
1.13.3 GMP-Vertrag	22
1.13.4 Stundenlohnvertrag	22
1.13.5 Selbstkostenerstattungsvertrag	22
1.13.6 Rahmenvertrag	22
1.14 Vertragstypen nach Art der Zusammenarbeit	23
1.14.1 Verträge im Über-/Unterordnungsverhältnis	23
1.14.2 BIM-Verträge	25
1.14.3 BOT-Verträge	25

1.14.4	PPP-Verträge	25
1.14.5	ARGE-Vertrag/Konsortialvertrag/Joint-Venture-Vertrag.....	26
1.15	Vertretungsbefugnis	26
1.15.1	Geschäftsführung	26
1.15.2	Prokuristen.....	27
1.15.3	Handlungsbevollmächtigte.....	28
1.15.4	Duldungs- und Anscheinsvollmacht.....	29
1.15.5	Architekt	30
1.15.6	Prüfingenieur/-statiker	30
1.15.7	Vertreter ohne Vertretungsmacht	31
1.15.8	Empfehlungen	31
1.16	Vertragsgestaltung	32
1.17	Auftragsabwicklung	33
2.	Allgemeine Geschäftsbedingungen.....	34
2.1	Grundlagen	35
2.1.1	Definition	35
2.1.2	Einbeziehung	35
2.1.3	Auslegung	36
2.1.4	Rechtsfolge.....	37
2.1.5	Besonderheiten der VOB/B	38
2.1.6	Internationale Bedeutung.....	39
2.1.7	Keine Kontrolle bei Klauseln, die nur Leistung und Gegenleistung regeln	40
2.1.8	Keine AGB bei Aushandeln	41
2.1.9	Handlungsempfehlungen und Kritik	42
2.2	Typische unwirksame Vertragsklauseln der Auftraggeber	43
2.2.1	Individualisieren von AGB.....	43
2.2.2	Vertragsbestandteile	43
2.2.3	Schriftform.....	44
2.2.4	Vollständigkeitsklausel	45
2.2.5	Informationspflichten.....	46
2.2.6	Unkalkulierbare Leistungsausdehnungen	47
2.2.7	Preis	49
2.2.8	Subvergabe	50
2.2.9	Zeit	51
2.2.10	Vertragsstrafe	51
2.2.11	Haftung.....	53
2.2.12	Abnahme	54
2.2.13	Zahlung.....	55
2.2.14	Mängelbeseitigungsansprüche	56
2.2.15	Sicherheiten	57
2.3	Typische unwirksame Vertragsklauseln der Auftragnehmer	59
2.3.1	Verbindliches Angebot	59
2.3.2	Schriftform.....	60

2.3.3	Preis	61
2.3.4	Zahlungsbedingungen	61
2.3.5	Abnahme	62
2.3.6	Haftung	62
2.3.7	Zeit	63
2.3.8	Zurückbehaltungsrecht	64
2.3.9	Aufrechnung	64
3.	Leistung und Vergütung	65
3.1	Was muss der Auftragnehmer leisten? Bestimmung des Liefer- und Leistungsumfangs	66
3.1.1	Auslegung eines Vertrages	67
3.1.2	Der Vertrag und seine Bestandteile	69
3.1.3	Öffentliche Aussagen	73
3.1.4	Beschaffenheitsvereinbarung	73
3.1.5	Zugesicherte Eigenschaften	75
3.1.6	Funktionalitätsvereinbarung beim Werkvertrag	75
3.1.7	Gesetze	77
3.1.8	Regeln der Technik	77
3.1.9	Nebenleistungen/Besondere Leistungen	80
3.1.10	Einseitiges Leistungserweiterungs-/änderungsrecht des Auftraggebers	81
3.1.11	Pläne als Bestandteil des Liefer- und Leistungsumfangs des Auftragnehmers	90
3.1.12	Koordinieren als Bestandteil des Liefer- und Leistungsumfangs	92
3.1.13	Prüfen und Hinweisen als Bestandteil des Liefer- und Leistungsumfangs	93
3.2	Wie wird der Auftragnehmer für geänderte oder zusätzliche Leistungen vergütet?	95
3.2.1	Geänderte oder zusätzliche Sachleistungen	95
3.2.2	Geänderte oder zusätzliche Planungsleistungen	103
3.2.3	Geänderte oder verlängerte Zeiten für die Auftragsabwicklung	103
3.2.4	Geänderte gesetzliche oder technische Vorgaben	104
3.3	Wie wird der Auftragnehmer bei (Teil-) Beendigung des Auftraggebers aus Gründen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, vergütet?	105
3.4	Wie wird der Auftragnehmer bei Mehr- oder Minderungen vergütet?	109
3.5	Anpassung von Einheitspreisen, Preisgleitklausel	113
3.6	Anpassung eines Pauschalpreises	115
3.6.1	Funktionale Leistungsbeschreibung	116
3.6.2	Eingriffe des Auftraggebers in den Projektablauf	116

3.6.3	Änderung der Geschäftsgrundlage	117
3.6.4	Pauschalierte Einheitspreise	118
3.7	Vergütung für Leistungen ohne Auftrag	118
3.7.1	§ 677 ff. BGB Geschäftsführung ohne Auftrag	118
3.7.2	Änderung der Geschäftsgrundlage, § 313 BGB	120
3.7.3	Entschädigung für Rechtsverlust, § 951 BGB.	120
3.8	Durchsetzung von Nachträgen.	120
3.8.1	Präventive Vertragsgestaltung	121
3.8.2	Dokumentation der Auftragsabwicklung	122
3.8.3	Flexible Lösungsmöglichkeiten in Erwägung ziehen	123
4.	Störungen in der Auftragsabwicklung durch den Auftragnehmer	124
4.1	Vorbemerkung, allgemeines Leistungsstörungenrecht, besonderes Schuldrecht	126
4.2	Erfüllungsgehilfen – Zurechenbarkeit im Herstellungsprozess	126
4.3	Der Auftragnehmer gefällt dem Auftraggeber nicht	127
4.4	Der Auftragnehmer kann nicht leisten	129
4.5	Der Auftragnehmer arbeitet schon während der Auftragsabwicklung mangelhaft.	130
4.5.1	Kontrolle des Herstellprozesses	130
4.5.2	Rechte des Auftraggebers	131
4.5.3	Kündigung aus wichtigem Grund.	133
4.6	Der Auftragnehmer arbeitet zu langsam	136
4.6.1	Fälligkeit	136
4.6.2	Verzug	137
4.6.3	Rechte des Auftraggebers	137
4.7	Der Auftragnehmer hat zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs mangelhaft geleistet	140
4.7.1	Mangel.	140
4.7.2	Verschulden	143
4.7.3	Fristsetzung	144
4.7.4	Rechte des Auftraggebers – Überblick	144
4.7.5	Erfüllungsanspruch bei Verweigerung der Übergabe bzw. Abnahme	147
4.7.6	Nacherfüllung	147
4.7.7	Zurückbehaltungsrecht.	151
4.7.8	Selbstvornahme	151
4.7.9	Kostenvorschuss	153
4.7.10	Rücktritt	153
4.7.11	Kündigung.	154
4.7.12	Minderung.	155
4.7.13	Schadensersatz neben Nacherfüllungsanspruch und Minderung oder Rücktritt	156
4.7.14	Schadensersatz statt Leistung	157
4.7.15	Ersatz von Aufwendungen	158

4.7.16	Verhalten des Auftragnehmers bei Mängelansprüchen des Auftraggebers	158
4.8	Der Auftragnehmer verletzt seine Prüf- und Hinweispflicht.	159
4.8.1	Prüf- und Hinweispflichten des Auftragnehmers bei Vertragsschluss	159
4.8.2	Prüf- und Hinweispflichten des Auftragnehmers bei der Auftragsabwicklung	161
4.8.3	Regeln für die richtige Art der Bedenkenanmeldung	164
4.8.4	Keine Ausführung wider besseres Wissen	166
4.8.5	Prüf- und Hinweispflicht des Auftragnehmers bei Überschreitung eines Kostenanschlages	167
4.9	Der Auftragnehmer hält seine Garantien nicht ein.	167
4.10	Der Auftragnehmer hat bei der Vergabe eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung begangen oder er hätte nach Vergaberecht nicht beauftragt werden dürfen.	169
4.11	Der Auftragnehmer gerät in Zahlungsschwierigkeiten	170
4.12	Der Auftragnehmer will bei seinem Lieferanten Rückgriff nehmen . . .	170
4.13	Verjährung der Ansprüche des Auftraggebers	171
4.13.1	Was bedeutet es, wenn ein Anspruch verjährt?	171
4.13.2	Hemmung und Neubeginn	172
4.13.3	Verkürzung der gesetzlichen Verjährungsfristen	173
4.13.4	Verlängerung der Gewährleistung durch AGB	174
4.13.5	Geltendmachung von Nebenrechten nach Verjährung	175
4.13.6	Verjährung bei Mängelansprüchen vor Gefahrübergang.	175
4.13.7	Verjährung bei Mängelansprüchen nach Gefahrübergang.	176
4.13.8	Verjährung bei Arglist.	178
4.13.9	Verjährung bei Organisationsverschulden.	179
4.13.10	Verjährung von Schadensersatzansprüchen, die keine Mängelansprüche sind	179
4.13.11	Verjährung anderer Ansprüche des Auftraggebers.	180
5.	Störungen in der Auftragsabwicklung durch den Auftraggeber	182
5.1	Der Auftraggeber unterlässt eine Mitwirkungshandlung	183
5.1.1	Annahmeverzug	183
5.1.2	Kooperationsgebot	185
5.1.3	Rechte des Auftragnehmers bei unterlassener Mitwirkung . . .	186
5.2	Der Auftraggeber verstößt gegen Sorgfaltpflichten bei der Nutzung der Lieferung oder Leistung	191
5.2.1	Materialfehler	191
5.2.2	Betriebsfehler	191
5.2.3	Rechte des Auftragnehmers	192
5.3	Der Auftraggeber schließt keine Vereinbarung über die Vergütung von Nachträgen	192
5.4	Der Auftraggeber verstößt gegen seine Koordinationspflicht	195
5.5	Auftraggeber verhindert die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer . .	196

5.6	Auftraggeber verweigert die Annahme/Abnahme	197
5.6.1	Leistungsbefreiung bei gleichzeitigem Vergütungsanspruch . . .	197
5.6.2	Gefahrübergang	197
5.6.3	Leistungsverweigerung/Zurückbehaltung	199
5.6.4	Rücktritt/Kündigung	199
5.6.5	Entschädigung	199
5.6.6	Schadensersatz	200
5.6.7	Verlangen einer Zustandsfeststellung	200
5.7	Auftraggeber zahlt nicht	200
5.7.1	Fälligkeit der Zahlung	201
5.7.2	Rechte des Auftragnehmers	201
5.8	Der Auftraggeber erteilt Zusatzaufträge/Nachträge	202
5.9	Der Auftraggeber beendet den Vertrag vor Gefahrübergang	203
5.9.1	Kündigungsgründe	203
5.9.2	Rechte des Auftragnehmers bei von ihm zu vertretender vorzeitiger Beendigung	203
5.9.3	Rechte des Auftragnehmers bei nicht von ihm zu vertretender vorzeitiger Beendigung des Vertrages	204
5.9.4	Rechte des Auftragnehmers bei wirksamem Zurückbehaltungsrecht	204
6.	Störungen in der Auftragsabwicklung durch Dritte	206
6.1	Erfüllungsgehilfen	206
6.2	Lieferanten/Hersteller	206
6.3	Behinderung nach § 6 VOB/B	207
6.3.1	Unverzügliche schriftliche Anzeige	208
6.3.2	Adressat der Behinderungs- oder Unterbrechungsanzeige . . .	209
6.3.3	Inhalt der Behinderungsanzeige	209
6.3.4	Behinderungsgrund vom Auftraggeber zu vertreten	209
6.3.5	Schadenminderungspflicht und Fortfall der hindernden Umstände	210
6.3.6	Verlängerung der Ausführungsfristen	210
6.3.7	Unterbrechung für voraussichtlich längere Dauer	211
6.3.8	Vertragskündigung nach dreimonatiger Unterbrechung	211
6.3.9	Schadensersatz	211
6.3.10	Empfehlungen zur Streitvermeidung	212
6.4	Störungen durch öffentliches Baurecht	213
6.4.1	Bauen ohne Baugenehmigung	213
6.4.2	Fertigung vor Freigabe durch den Prüfenieur	215
6.4.3	Andere öffentlich-rechtliche Einflüsse	215
6.4.4	Nachbarschaftsklagen	216
6.5	Höhere Gewalt	216
6.5.1	Witterungseinflüsse	217
6.5.2	Streik und Aussperrung	218

7. Abnahme	219
7.1 Bedeutung	219
7.2 Rechtsfolgen der Abnahme	221
7.2.1 Beweislastumkehr	221
7.2.2 Gefahrübergang	223
7.2.3 Besitzübergang	226
7.2.4 Fälligkeit der Vergütung	227
7.2.5 Verwirkung der Vertragsstrafe/Verzugsschaden	227
7.2.6 Beginn der Verjährungsfrist	227
7.2.7 Typen der Abnahme	227
7.2.8 Abnahme in internationalen Werkverträgen	234
7.3 Termin für die Abnahme	236
7.4 Vorbehalt	237
7.5 Abnahmeverweigerung bei wesentlichen Mängeln	238
7.6 Entgegennahme bei Handelskauf	239
7.6.1 Anwendbarkeit	239
7.6.2 Genehmigungsfiktion	240
7.6.3 Fristen	242
7.7 Werkseigene Produktionskontrolle	243
8. Rechnungslegung und Zahlung	245
8.1 Darlegen und Beweisen	246
8.2 Fälligkeit der Zahlung	248
8.3 Zahlungsplan, Zahlungsfristen	250
8.4 Prüfbarkeit der Rechnung	251
8.4.1 Zeitpunkt der Rechnung	253
8.4.2 Vollständigkeit	253
8.4.3 Gutschriftverfahren	254
8.4.4 Mehrwertsteuer	254
8.5 Abrechnung nach Aufmaß	255
8.5.1 Nehmen des Aufmaßes	255
8.5.2 Bedeutung des gemeinsamen Aufmaßes	255
8.5.3 Kosten	256
8.6 Abrechnung von geänderten und zusätzlichen Leistungen	257
8.7 Abrechnung von Stundenlohnarbeiten	258
8.8 Abrechnung von Leistungen bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages	260
8.8.1 Einvernehmliche Aufhebung des Vertrages	260
8.8.2 Beendigung aus vom Auftragnehmer zu vertretenden Gründen	260
8.8.3 Beendigung aus vom Auftraggeber zu vertretenden Gründen	260
8.9 Abschlagszahlungen	264
8.10 Vorauszahlungen	268
8.11 Schlusszahlung	269

8.12	Skonti/Rabatte.	270
8.13	Verzug	271
	8.13.1 Voraussetzungen.	271
	8.13.2 Verzugszinsen	272
	8.13.3 Fälligkeitszinsen	272
	8.13.4 Abrechnungsbeschleunigung durch die Baustelle	272
8.14	Verjährung der Zahlungsansprüche des Auftragnehmers	272
	8.14.1 Verjährung der Vergütungsansprüche	273
	8.14.2 Verjährung von Schadensersatzansprüchen	273
	8.14.3 Verjährung des Entschädigungsanspruches, § 642 BGB	274
9.	ARGE, Konsortium, Joint Venture	275
9.1	Begrifflichkeiten	276
9.2	Identität der Gesellschaft	277
9.3	Wesentliche Regelungspunkte der gesellschaftsrechtlichen Zusammenarbeit bei Konsortium oder Joint Venture.	277
	9.3.1 Klare Entscheidungen zur Vertretung der Gesellschaft nach außen.	278
	9.3.2 Klare Verteilung der Aufgaben und Kompetenzen im Innenverhältnis	278
	9.3.3 Klare Verteilung der Liefer- und Leistungsanteile, sowie von Kostentragung, Risiko und Gewinn	279
	9.3.4 Klare Aussagen zur Haftung der Parteien nach außen und nach innen	279
	9.3.5 Klare Regelungen über die Meinungsbildung und Entscheidungswege innerhalb der Gesellschaft	280
	9.3.6 Klare Vorgaben zum Umgang mit Interessen und Streitigkeiten während der Auftragsabwicklung und – falls erforderlich – danach	280
10.	Sicherheiten und ihr Bestand in der Insolvenz des Vertragspartners.	282
10.1	Sicherungsbedürfnis.	283
10.2	Sicherungsmöglichkeiten für den Auftragnehmer.	284
	10.2.1 Zahlungsbedingungen	284
	10.2.2 Einfacher Eigentumsvorbehalt	286
	10.2.3 Verlängerter Eigentumsvorbehalt	288
	10.2.4 Forderungsabtretung	291
	10.2.5 Unternehmerpfandrecht.	291
	10.2.6 Bauunternehmer-Sicherungshypothek	292
	10.2.7 Zahlungsbürgschaft nach § 650f BGB	293
	10.2.8 Zahlungsbürgschaft auf vertraglicher Grundlage.	296
	10.2.9 Schuldbetritt	297
	10.2.10 Zurückbehaltungsrecht der Gegenleistung wegen Vermögensverschlechterung	297
	10.2.11 Zurückbehaltung von Sachen.	298

10.2.12	Akkreditiv	299
10.2.13	Ausfall-Versicherung	300
10.2.14	Aufrechnung	301
10.2.15	Geltendmachung von Sicherheiten nach Ablauf der Verjährungsfrist durch den Auftraggeber	304
10.3	Sicherungsmöglichkeiten des Auftraggebers	305
10.3.1	Eigentumsübergang	305
10.3.2	Zurückbehaltungsrecht	306
10.3.3	Bürgschaft	306
10.3.4	Geltendmachung von Sicherheiten nach Ablauf der Verjährungsfrist durch den Auftraggeber	312
10.3.5	Besonderheiten für VOB/B-Werkverträge	313
10.3.6	Garantie	315
10.4	Absonderungsanspruch hinsichtlich der Ansprüche gegen Haftpflichtversicherung	315
10.5	Direktzahlung des Auftraggebers an den Subunternehmer	315
10.5.1	Möglichkeiten des Auftraggebers	316
10.5.2	Möglichkeiten des Subunternehmers (Auftragnehmers)	319
10.6	Wahlrecht des Insolvenzverwalters bei noch nicht vollständig erfüllten Verträgen	320
10.6.1	Vertrag von beiden Seiten erfüllt	320
10.6.2	Vertrag nur von einer Seite erfüllt	320
10.6.3	Vertrag von beiden Seiten noch nicht erfüllt	320
10.7	Rücktritt und Kündigungsrechte des Gläubigers in der Insolvenz des Vertragspartners	323
11.	Versicherungen	324
11.1	Grundgedanken des Versicherungsrechts	324
11.1.1	Art der versicherten Tätigkeit	325
11.1.2	Ort der versicherten Tätigkeit	326
11.1.3	Zeitpunkt des Schadenseintritts	326
11.1.4	Mitversicherte	327
11.1.5	Verschulden	327
11.1.6	Gefahrerhöhung	327
11.1.7	Aufrechterhaltung der Prämie	327
11.1.8	Vorläufige Deckung	328
11.1.9	Obliegenheiten	328
11.2	Betriebshaftpflicht	328
11.2.1	Erfüllungsschäden	329
11.2.2	Spezialrisiken	332
11.3	Bauleistungsversicherung	332
11.3.1	Grundgedanke der Bauleistungsversicherung	332
11.3.2	Gefährübergang	333
11.3.3	Deckungsumfang	333

11.4	Montageversicherung	334
11.4.1	Beginn der Haftung	334
11.4.2	Ende der Versicherung	334
11.4.3	Deckungsumfang	334
11.5	Baugewährleistungsversicherung	335
11.6	Transportversicherung	336
11.7	Feuerbetriebsunterbrechungsversicherung	336
11.8	Kreditversicherung.	337
11.9	Baufertigstellungsversicherung.	337
12.	Haftung und gesetzliche Mithaftungstatbestände	338
12.1	Allgemeines	339
12.2	Haftung wegen Pflichtverletzung.	340
12.2.1	Pflichtverletzung und Rechtsgutverletzung.	341
12.2.2	Verletzungshandlung; Tun oder Unterlassen	342
12.2.3	Haftungsbegründende Kausalität	342
12.2.4	Schadensverursachung und haftungsausfüllende Kausalität	342
12.2.5	Schuldhaftes Handeln	344
12.3	Deliktische Haftung	345
12.3.1	§ 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit diversen Strafgesetzen	346
12.3.2	§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. anderen Schutzgesetzen	346
12.3.3	Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	347
12.3.4	Produzentenhaftung	347
12.3.5	Produkthaftung	349
12.4	Haftung für Dritte.	350
12.4.1	Vertragliche Haftung	350
12.4.2	Deliktische Haftung.	351
12.5	Haftungsbegrenzungen	351
12.5.1	Vertragliche Haftungsbegrenzungen	352
12.5.2	Haftungsbegrenzung kraft Verkehrssitte bzw. Handelsbrauch	352
12.5.3	Haftungsbegrenzungen kraft Gesetzes	353
12.5.4	Haftungsbegrenzung bei öffentlichen Aufträgen.	354
12.5.5	Keine Haftungsbegrenzung zu Lasten Dritter.	355
12.5.6	Haftungsübernahme/Freistellung	355
12.6	Haftungserweiterungen	356
12.7	Schadensumfang und Schadensberechnung	357
12.7.1	Schadensumfang	357
12.7.2	Schadensberechnung	358
12.8	Gesamtschuldnerische Haftung	358
12.9	Mitverschulden des Geschädigten	359
12.10	Gesetzliche Mithaftungstatbestände.	359
12.10.1	Begriffsklärung.	360
12.10.2	Gesamtschuldnerische Haftung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	360

12.10.3	Generalunternehmerhaftung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz	360
12.10.4	Haftung für Beiträge zur Berufsgenossenschaft bei Dienst- und Werkverträgen – sowie bei der Arbeitnehmerüberlassung	361
12.10.5	Einkommenssteuergesetz (EStG), Arbeitgeberhaftung nach § 42d EStG	361
12.10.6	Mithaftung für die Umsatzsteuerschuld nach § 13b UStG	361
12.10.7	Haftung für schuldhaft nicht abgeführte Umsatzsteuer nach § 25d UStG	362
12.10.8	Haftung nach dem Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz	362
12.10.9	Praktische Hinweise	364
12.11	Haftung nach Bauforderungssicherungsgesetz (BauFordSiG)	364
12.12	Strafrechtliche Haftung	366
13.	Fremdpersonaleinsatz und Haftungsfragen	370
13.1	Einleitung	371
13.2	Einsatz von Leiharbeitnehmern – Arbeitnehmerüberlassung	371
13.2.1	Erlaubnispflicht und Sonderfälle privilegierter Arbeitnehmerüberlassung	371
13.2.2	Höchstüberlassungsdauer	374
13.2.3	Equal Treatment – Gleichstellungsgrundsatz	376
13.2.4	Verbot des Einsatzes als Streikbrecher	376
13.2.5	Gesetzliche Vorgaben an den Inhalt des Überlassungsvertrages	377
13.2.6	Verbot der Arbeitnehmerüberlassung in das Baugewerbe	378
13.3	Einsatz von Nachunternehmern	379
13.3.1	Werkvertrag	379
13.3.2	Dienstvertrag	381
13.4	Überlassung von (Spezial-) Maschinen mit Bedienpersonal	381
13.5	Zusammenschluss zur Arbeitsgemeinschaft	383
13.6	Scheinselbstständigkeit	384
13.7	Hauptunternehmerhaftung bei Arbeitnehmerüberlassung und Nachunternehmereinsatz	386
13.7.1	Haftung für den Gesamtsozialversicherungsbeitrag	386
13.7.2	Haftung für den Beitrag zur Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft)	387
13.7.3	Möglichkeiten der Verringerung von Haftungsrisiken	387
13.7.4	Arbeitgeberpflichten nach dem Mindestlohngesetz	389
13.7.5	(Haupt)Unternehmerhaftung nach MiLoG	393
13.8	Hauptunternehmerhaftung nach AEntG	395
13.8.1	Haftung für tarifvertraglichen Mindestlohn	397
13.8.2	Haftung für Urlaubskassenbeitrag (Soka-Bau)	399
13.8.3	Exkurs: Sozialkassen des Bauhaupt- und -nebgewerbes	399
13.8.4	Möglichkeiten der Verringerung von Haftungsrisiken	400

14. Streit vermeiden – Konflikte bearbeiten	402
14.1 Lohnt sich der Streit?	402
14.2 Verhandeln	404
14.3 Mediation	405
14.3.1 Verfahren	405
14.3.2 Vorteile	405
14.3.3 Kosten	406
14.3.4 Auswahl der Mediatoren	407
14.4 Privatgutachten	407
14.5 Selbständiges Beweisverfahren	408
14.5.1 Allgemeines	408
14.5.2 Rechtliche Bedeutung des selbst. Beweisverfahrens	408
14.5.3 Streitverkündung	409
14.5.4 Verfahren	409
14.6 Schiedsgutachter	409
14.7 Schlichtung, Adjudikation, Expertenschlichtung	411
14.7.1 Schlichtung	411
14.7.2 Adjudikation	411
14.7.3 Experten-Schlichtung-Bau	412
14.8 Schiedsverfahren	413
14.9 Einstweilige Verfügung	414
14.10 Zivilprozess	416
14.11 Konfliktmanagement – Erfahrungen aus der Praxis	417
Synopse	419
Stichwortverzeichnis	433